

14.01.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 17/14262 -

Innenstädte – neue Räume für die Zukunft

Berichterstatter:

Abgeordneter Hans-Willi Körfges

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/14262 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Innenstädte - neue Räume für die Zukunft“ (Drucksache 17/14262) wurde am 2. Juli 2021 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz.

Die einbringende Fraktion beschreibt in ihrem Antrag einleitend die Ausgangslage wie folgt:

„Unsere Innenstädte sind seit Jahren in der Krise: Filialisierung, Rückgang inhabergeführter Geschäfte, steigende Mietpreise, leerstehende sog. Schrottimmobilien. Hinzu kommt der Wandel im Handel: steigende Umsätze bei den Online-Giganten und einbrechende Zahlen im stationären, lokalen Einzelhandel. Die Corona-Pandemie hat in vielen Zentren diese Entwicklung beschleunigt.

Daher stehen Innenstädte einmal mehr im Fokus, in Gesellschaft und Medien wird die Renaissance des öffentlichen Raums verstärkt diskutiert. Handel, Gastronomie und Politik sitzen gemeinsam an einem Tisch und sind intensiv im Gespräch. Wo früher nur über immer mehr Parkplätze und Sonntagsöffnungen debattiert wurde, muss es heute um Digitalisierung, Klimaschutz und die Mobilitätswende als komplexe und miteinander verschränkte Herausforderungen gehen. In den nächsten Jahren gilt es, das System Stadt neu zu gestalten und gleichzeitig die Jahrhundertherausforderung Klimaschutz zu bewältigen.“

Konkret führt die antragstellende Fraktion unter den Topics „Aktive Stadtplanung durch solide Personalausstattung und Bürgerbeteiligung“, „Gute Nachbarschaft in einem vielfältigen Nutzungsmix“, „Digitalisierung als Chance für die Innenstadtgestaltung“, „Zukunftsgerichtete Innenstädte brauchen handlungsfähige Kommunen“ sowie „Grüne Infrastruktur – attraktiv und klimaschonend“ aus.

Dazu soll der Landtag - so die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – feststellen:

- „- Die Belebung der Innenstädte kann nur im Diskurs mit den Menschen vor Ort bzw. der Zielgruppe nachhaltig entwickelt werden. Ausgehend von der Leipzig Charta braucht es in NRW eine neue Planungskultur.
- Zentrale Akteure und Akteurinnen der Transformation der Innenstädte sitzen in den Kommunen. Städte und Gemeinden müssen rechtlich, finanziell und personell besser ausgestattet werden, um ihre Gestaltungsfähigkeit auszubauen.
- Resiliente Zentren sind nachhaltige Zentren. Nur eine Innenstadt, die dem Klimawandel etwas entgegensetzt, ist zukunftsfähig. Grüne Innenstädte laden zum Spielen und Verweilen ein, nehmen Fußgänger in den Fokus und leisten einen eigenen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele.

- Vielfalt und Kreativität sind zwei Grundpfeiler für die Zentrenentwicklung. Nutzungsmischung sichert Attraktivität und Resilienz für alle Anlieger. Leerstände sind kreativ zwischen- und nachhaltig umzunutzen.
- Kleinteiliges Gewerbe und Handwerk sind und bleiben prägend für die Entwicklung der Innenstädte. Ihre Räume gilt es zu schützen und auszubauen.
- Durch ein Zusammenwachsen von Innenstädten und Bildungsangeboten, z.B. an Standorten, wo Hochschulen bisher auf der grünen Wiese angesiedelt sind, ergeben sich Chancen für beide Seiten
- Hohe Aufenthaltsqualität und gute Erreichbarkeit sind essentiell für Innenstädte. Wo die Menschen im Fokus sind, wird Verkehr beruhigt, weniger Fläche für Parkraum genutzt und neue Mobilitätsformen werden angeboten.
- Barrierefreie Zentren sind attraktiv für alle Menschen. Innenstädte sind ein Ort der Begegnung und sollen daher die Teilhabe aller ermöglichen.
- Digitalisierung ist eine Chance für die Transformation der Innenstädte. Die Verbindung von On- und Offline-Handel und die Potenziale in der Verkehrslenkung gilt es zu nutzen, um konkurrenzfähig zu sein.“

Vor diesem Hintergrund soll das Parlament die Landesregierung zu unterschiedlichsten Maßnahmen auffordern und auch anregen, im Rahmen von Bundesratsinitiativen aktiv zu werden. Dabei wird der Bogen von den Finanzen (Stichworte sind hier u.a. die Kommunalfinanzen und die Schuldenbremse) über die Novellierung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften, die finanzielle Ausgestaltung des Innenstadtfonds, eine Novellierung der Landesbauordnung, den Ausbau von diversen Förderprogrammen bis hin zur Prüfung von Parametern in bundesgesetzlicher Hoheit gespannt.

B Beratung

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Antrag in seiner Sitzung am 11. Juni 2021 sowie anschließend in der Sitzung am 3. September 2021 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf eine gemeinsame Anhörung von Sachverständigen zu diesem Antrag und zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP „Innovationsraum Innenstadt und Einzelhandel im Strukturwandel stärken“ (Drucksache 17/13765) verständigt.

Daher wurden am 12. November 2021 folgende Experten angehört:

eingeladen	Stellungnahme
<p>Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln</p>	<p>17/4513</p>
<p>Christof Sommer Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf</p>	
<p>Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf</p>	
<p>Dipl.-Ing. Ernst Uhing Architektenkammer Nordrhein-Westfalen Düsseldorf</p>	<p>17/4499</p>
<p>Alexander Rychter Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V. Düsseldorf</p>	<p>17/4503</p>
<p>Erik Uwe Amaya Haus und Grund Rheinland Westfalen Düsseldorf</p>	<p>17/4505</p>
<p>Dr. Peter Achten Handelsverband Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf</p>	<p>17/4507</p>
<p>Dr. Ralf Mittelstädt IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein- Westfalen e.V. Düsseldorf</p>	<p>17/4502</p>

eingeladen	Stellungnahme
Andreas Oehme Westdeutscher Handwerkskammertag e.V. Düsseldorf	17/4504
Robin Denstorff Netzwerk Innenstadt NRW Münster	17/4521
Dipl.-Biol. Ute Marks STADT + HANDEL Beckmann und Föhler Stadtplaner PartGmbH Dortmund	17/4524

(vgl. Ausschussprotokoll 17/1632)

In der Sitzung am 8. Dezember 2021 hat der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung den Beratungsgegenstand letztmalig aufgerufen. Der mitberatende Ausschuss hat den Antrag bei der Gelegenheit mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Fraktion der AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Die Fraktion der SPD hat sich enthalten.

C Abstimmung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 14. Januar 2022 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der AfD haben sich enthalten

Hans-Willi Körfges
- Vorsitzender -